

Mehr Europawahlkampf auf allen gesellschaftlichen Ebenen

Forderungskatalog der EBD und ihrer Spitzenverbände zur Europawahl 2019

Eckpunkte beschlossen vom EBD-Vorstand, 14. Dezember 2018

Unterzeichner:



Eine starke parlamentarische Demokratie und ein pluralistischer Wettbewerb der Ideen und Interessen bilden die Grundlage für Europas Zukunft. Im Mai 2019 wählen die EU-Bürgerinnen und -Bürger das Europäische Parlament. Die Europawahl 2019 steht in einem besonderen Fokus. Durch europaskeptische Strömungen und den Brexit wird der EU-Zusammenhalt auf die Probe gestellt. Deshalb ist es in der heutigen Zeit umso wichtiger, die proeuropäischen Kräfte zu bündeln und sich für die Grundwerte der EU stark zu machen.

Europa-Wahlkampf braucht Gesichter und Arenen!

Dass die Bundesregierung und die meisten Parteien das Spitzenkandidaten-Prinzip für die Europawahl öffentlich unterstützen, ist ein wichtiges Signal für die Demokratie Europas.

- Wir fordern die proeuropäischen Parteien dazu auf, konkrete Vorschläge zur Zukunft der EU einzubringen, damit im Wahlkampf ein **Parteienwettbewerb um die besten Ideen** zur zukünftigen Gestaltung der europäischen Integration entsteht.

- Wir fordern die proeuropäischen Parteien, allen voran die der großen Koalition, dazu auf, mit den **Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen** ihrer europäischen Parteienfamilien im Wahlkampf prominent zu werben.
- Wir fordern die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien dazu auf, die europäischen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten in **TV-Duellen** miteinander diskutieren zu lassen. Was für Bundestagswahlen selbstverständlich ist, muss auch im Europawahlkampf möglich sein.
- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, im Europäischen Rat darauf zu drängen, dass das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament ausdrücklich berücksichtigt wird und die Nominierung der oder des Kommissionspräsidentin/en möglichst rasch nach den Europawahlen zu erfolgen hat. Außerdem fordern wir, dass die EU-Mitgliedstaaten bei ihren Vorschlägen auf eine möglichst geschlechterparitätische Besetzung der EU-Kommission hinwirken.

Europa-Wahlkampf braucht Information statt Propaganda

Die Europawahlen sind ein wichtiges Instrument zur Wahrung einer pluralistischen, freiheitlich demokratischen Grundordnung für ganz Europa. Durch die Wahlen können diejenigen Kräfte im Europaparlament gestärkt werden, die den fairen Wettkampf der Ideen verteidigen. Nationalistischen, autoritären und antidemokratischen Strömungen und Kräften werden wir uns aktiv entgegenstellen.

- Wir fordern die Bundesregierung und die EU-Institutionen dazu auf, die **Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Errungenschaften und Ziele der Europäischen Union zu informieren** und informationspolitischer Einflussnahme durch Drittstaaten gezielt entgegenzuwirken. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich mit einer vielfältigen europäischen Demokratie identifizieren und diese aktiv gestalten, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger und insbesondere junge Menschen zur Teilnahme an der Europawahl zu bewegen.
- Wir fordern die Medien dazu auf, die **Relevanz der Europawahl** für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit konkreten Informationen zur EU-Gesetzgebung angemessen darzustellen.

Europa braucht nachvollziehbare Entscheidungsfindung – auch jenseits des Wahlkampfes

Europäische Rechtsetzung muss für Rechtsklarheit und Rechtssicherheit sorgen. Die politischen Ziele europäischer Gesetzgebung müssen klar und verständlich kommuniziert werden. Wir stehen als Partner für eine Verbreiterung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, wenn eine transparente und chancengleiche Einbindung der gesellschaftlichen Kräfte in den Gesetzgebungsprozess stattfindet.

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, bei der Gestaltung ihrer Europapolitik auch demokratische und **repräsentative Verbände und Vereine** aus allen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft einzubeziehen, damit Entscheidungsprozesse transparent und demokratisch legitimiert bleiben.

- Wir fordern die Mitgliedstaaten der EU dazu auf, **mehr Transparenz bei Entscheidungen und Prozessen im Rat der Europäischen Union** zu gewährleisten. Die im Rat vertretenen nationalen Regierungen haben eine große Verantwortung, europäische Politik zu gestalten. Sie dürfen „die EU“ nicht für Versäumnisse in Haftung nehmen, für die sie selbst mitverantwortlich sind.
- Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes dazu auf, die zur Gewohnheit gewordene Verkürzung des ordentlichen Rechtsetzungsverfahrens nur noch in besonders eilbedürftigen Fällen anzuwenden. Das vorgeschaltete **Trilogverfahren**, das die Verabschiedung von Rechtsakten nach nur einer Lesung vorsieht, schränkt politische Legitimation und Transparenz ein und grenzt die Öffentlichkeit aus.